

Antrag zur Forderung der EU-Kommission bezgl. Pflegekräfte



Beschlossen auf dem Bundeskoordinationsausschuss
der Schüler Union Deutschlands
am 18. und 19. Februar 2012
in Magdeburg

Antragstext:

Der EU-Binnenmarktkommissars Michel Barnier fordert in einem Papier der Kommission zur Angleichung der Berufsabschlüsse und damit zur Förderung des gemeinsamen europäischen Arbeitsmarktes, dass Pflegekräfte über eine 12-jährige Schulvorbildung verfügen müssen. Die Schüler Union Bayern stellt sich energisch gegen dieses Vorschlag. Eine 12-jährige Schulbildung vor der Ausbildung würde in Deutschland bedeuten, dass nur Schulabgänger mit Hochschulzugangsberechtigung einen Pflegeberuf anstreben können. Die Schüler Union Bayern setzt sich vehement dafür ein, dass auch in Zukunft Haupt/Mittel- und Realschüler den Dienst am Patienten als Pflegekraft als Beruf wählen können.

Die SU Bayern begrüßt prinzipiell das Ziel, die Berufsabschlüsse europaweit anzugleichen, jedoch darf dabei die Kommission nicht überregulieren. Ziel muss es sein, am Ende der Ausbildung und nicht davor gleiche Mindeststandards zu setzen. Anzustreben ist demnach die Qualifikationen der Pflegekräfte nach der in Deutschland bewährten dualen Berufsausbildung weiterzuführen. Als Kompromiss regt die Schüler Union Bayern an, die Zeit der Berufsschule in die angedachten zwölf Jahre mit ein zu berechnen, um so das bisherige äußerst erfolgreiche Modell in Deutschland zu erhalten und gleichzeitig dem Ziel einheitlicher Abschlüsse in Europa einen wichtigen Schritt näher zu kommen.

Begründung

In den kommenden Jahren werden auf Grund der demographischen Entwicklung bei der häuslichen und stationären Pflege 220.000 neue Fachkräfte gebraucht. Statt neue Hürden auf dem Weg zur Ausbildung im Pflegesektor zu errichten, müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden, um die zukünftigen Herausforderung im Pflegebereich zu meistern. Die Umsetzung der Forderung von Barnier würde den inzwischen schon teils dramatischen Pflegenotstand in Deutschland zusätzlich verschärfen.

Darüber hinaus ist es nicht im Sinne der Gesellschaft, erfolgreichen Absolventen von Haupt/Mittel- und Realschulen das Zeichen zu geben, sie seien am Berufs- und Ausbildungsmarkt nicht erwünscht. Im Gegenteil muss deutlich werden, dass die deutsche Wirtschaft den Nachwuchs aus den Schulen auf Grund deren Kompetenzen und Praxiserfahrungen besonders schätzt. Hinzukommt, dass bei einer Ausweitung dieser Vorbedingungen auf andere Berufsbereiche, die bisher von Realschülern erfolgreich ergriffen wurden, dies zu einem erhöhtem Risiko der Jugendarbeitslosigkeit führen wird, was sowohl für die (Binnen-)Wirtschaft als auch für die Gesellschaftliche Entwicklung, insbesondere der abnehmenden Arbeitnehmerzahlen, verheerende Folgen hätte. Ziel muss sein, diesen jungen Menschen Perspektiven zu zeigen, anstatt sie von interessanten Berufsfeldern abzukapseln.

Nebenbei ist stark anzuzweifeln, ob ein Abiturient per se besser für den Pflegeberuf geeignet ist, der im Besonderen soziales Einfühlungsvermögen und einen reichen Erfahrungsschatz verlangt, als ein Schulabsolvent ohne Hochschulzugangsberechtigung.

Von besonderer Bedeutung ist der Erhalt der dualen Berufsausbildung. Zahlreiche Studien und Untersuchungen belegen, dass die volkswirtschaftliche Bedeutung der Fachkräfte, die ihre Qualifikationen durch die kombinierte Ausbildung in Berufsschule und Betrieb erhalten haben, kaum über zu bewerten ist. Am deutschen Erfolgsfaktor „duales Ausbildungssystem“ muss auch in Zukunft festgehalten werden.